



## Bildungsministerium

### Ministerin für Bildung bekräftigt Engagement für eine starke Erinnerungskultur in Schulen

Anlässlich der heutigen Landtagssitzung bekräftigte Bildungsministerin Eva Feußner die Bedeutung von Gedenkstättenfahrten als festen Bestandteil der historisch-politischen Bildung an Schulen.

Feußner in ihrer Rede: „Die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und der SED-Diktatur ist kein abgeschlossener Teil der Vergangenheit – sie bleibt eine beständige, demokratische Aufgabe in Gegenwart und Zukunft. Besonders die schulische historisch-politische Bildung trägt hier Verantwortung: Sie befähigt junge Menschen dazu, Geschichte in ihren Konsequenzen zu verstehen, Extremismus in seinen Wurzeln zu erkennen – und sich aktiv für unsere freiheitliche Demokratie einzusetzen.“

Gedenkstättenbesuche leisteten einen unverzichtbaren Beitrag: „Sie ermöglichen Schülerinnen und Schülern eine reflexive, emotionale und kognitive Auseinandersetzung mit der Geschichte – weit über das hinaus, was allein im Unterricht vermittelt werden kann. Die Begegnung mit Orten des Erinnerns hat eine unmittelbare Wirkung auf das Geschichtsbewusstsein und auf das demokratische Selbstverständnis junger Menschen.“

Aktuell bestehen in Sachsen-Anhalt bereits umfangreiche Fördermöglichkeiten für schulische Gedenkstättenfahrten. Dazu zählen insbesondere vollfinanzierte Fahrten zu den Gedenkstätten der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt sowie anteilige Förderungen für bundesweite und internationale Gedenkstättenbesuche. Die Zahlen der Gedenkstättenbesuche sind in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen. 2024 fanden 172 Fahrten zu den Gedenkstätten der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt statt, die von der Landeszentrale für politische Bildung voll finanziert wurden. In diesem Jahr liegt die Zahl bereits bei 180 Fahrten. Hinzu kamen 14 Studienfahrten durch Bundesmittel im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfeplanes und aus Mitteln der Landeszentrale für politische Bildung (für Studienfahrten nach Ost- und Ostmitteleuropa, mit unserem Partner Arbeit und Leben). „Mit diesen Angeboten können wir uns bundesweit sehen lassen“, so die Ministerin.

Feußner begrüßte ausdrücklich die parlamentarische Initiative, Gedenkstättenfahrten zu stärken und im Rahmen des Geschichtsunterrichts verbindlicher zu gestalten. Gleichzeitig mahnte sie eine realistische und schrittweise Umsetzung an, da eine generelle Verpflichtung für alle Schülerinnen und Schüler bis zum Ende der Sekundarstufe I personell, organisatorisch und finanziell derzeit nicht umsetzbar sei und die nötigen Ressourcen – sowohl in den Schulen als auch bei den Gedenkstätten selbst – fehlen würden.

Statt symbolischer Festlegungen plädierte die Ministerin für einen realistischen und schrittweisen Prozess. Sie schlug vor, im Ausschuss für Bildung gemeinsam mit dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Kultur ein Expertengespräch mit zentralen Akteuren (u. a. Gedenkstätten, Gedenkstättenstiftung, Landeszentrale für politische Bildung, Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung) durchzuführen, um zu prüfen, unter welchen Rahmenbedingungen eine schrittweise Ermöglichung von Gedenkstättenfahrten für jede Schülerin und jeden Schüler während der Schulzeit bis zum Jahr 2030 möglich ist.

„Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen“, appellierte Feußner an die Abgeordneten. „Nicht mit symbolischen Festlegungen, sondern mit konkreten, aber auch umsetzbaren Schritten. Nicht unter Zwang, sondern im Bewusstsein gemeinsamer Verantwortung für unsere Geschichte und für die Demokratie, in der wir leben wollen.“

Impressum:

Ministerium für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt Pressestelle

Turmschanzenstr. 32  
39114 Magdeburg

Tel: (0391) 567-7777  
Fax: (0391) 567-3695

[mb-presse@sachsen-anhalt.de](mailto:mb-presse@sachsen-anhalt.de)  
[www.mb.sachsen-anhalt.de](http://www.mb.sachsen-anhalt.de)